

Liestal, 22. Januar 2016

Medienmitteilung

FDP.Die Liberalen Baselland fasst die Abstimmungsparolen für den 28. Februar 2016 Parteitag empfiehlt 3x Nein und 1x Ja

Vier nationale Vorlagen standen am Parteitag der Baselbieter FDP am Donnerstagabend in Schönenbuch zur Diskussion. Die Delegierten fassten die Nein-Parolen zu den Volksinitiativen „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“, „Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer“ und „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!“. Zur Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG) (Sanierung Gotthard-Strassentunnel) fassten die Delegierten einstimmig die Ja-Parole.

Die Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“ hatte bei den Delegierten der FDP Baselland keine Chance. Es wurde zwar anerkannt, dass die steuerliche Schlechterstellung von verheirateten Paaren bei der direkten Bundessteuer behoben werden muss. Die Initiative will aber nicht nur die Heiratsstrafe abschaffen, sondern gleichzeitig auch ein Eheverbot für gleichgeschlechtliche Paare in der Bundesverfassung verankern. Zudem soll mit der Definition der Ehe als wirtschaftliche Gemeinschaft die Diskussion über die von freisinnigen Kreisen befürwortete Individualbesteuerung im Keim erstickt werden. Die Delegierten der FDP Baselland sprachen sich klar gegen die Vermischung dieser Themen aus und folgten damit der Argumentation von Landrat Balz Stückelberger, der die Vorlage erläuterte. Der Tenor war klar: Die Heiratsstrafe soll abgeschafft werden, aber ohne gleichzeitige Weichenstellung in zentralen gesellschaftspolitischen Fragestellungen.

Nationalrätin Daniela Schneeberger stellte den Delegierten die Durchsetzungsinitiative vor. Ausländische Staatsangehörige, die sich wegen bestimmter Delikte strafbar gemacht haben – unabhängig von der Höhe der Strafe – sollen des Landes verwiesen und mit einem Einreiseverbot von fünf bis 15 Jahren (im Wiederholungsfall von 20 Jahren) belegt werden. Zudem sollen sie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Schweiz und Wiedereinreise in die Schweiz verlieren. Nationalrätin Daniela Schneeberger machte deutlich, dass die Durchsetzungsinitiative unnötig und unverhältnismässig sei und den Rechtsstaat missachte. Auch würde sie einen Mehraufwand und Kostenanstieg bei den Kantonen verursachen. Die Delegierten folgten ihrer Nationalrätin und lehnten die SVP-Initiative mit 45 Nein-, vier Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen klar ab.

Die JUSO-Initiative "Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!" – vorgestellt von Landrat Sven Inäbnnit - wurde von den Delegierten einstimmig als untaugliches und kontraproduktives Mittel zur Eindämmung des Hungerproblems in der Welt abgelehnt. Die aufzubauende Regulierung und Bürokratie steht in keinem Verhältnis zum Effekt und würde den Wirtschaftsstandort Schweiz empfindlich schwächen, da Schweizer Unternehmen im globalen Markt stark benachteiligt würden.

Regierungsrätin Sabine Pegoraro sprang spontan für den verhinderten Fraktionspräsidenten Rolf Richterich ein und präsentierte die Vorlage zur Sanierung des Gotthard-Strassentunnels und den Bau einer zweiten Gotthardröhre. Das wichtigste Argument für die zweite Röhre sei die Erhöhung der Sicherheit für die Strassenbenutzer, da nach Fertigstellung der zweiten Röhre und der Sanierung des bestehenden Tunnels beide Röhren einspurig und richtungsgetreunt betrieben werden sollen. Dadurch würden sich die Risiken für Unfälle mit schlimmen Folgen erheblich vermindern. Regierungsrätin Sabine Pegoraro führte weiter aus, dass mit der zweiten Röhre eine dauerhafte Lösung sichergestellt sei. Zudem würde das Tessin während der Dauersanierung nicht von der restlichen Schweiz abgeschnitten. Die Alternativen mit dem Bahnverlad in Uri und im Tessin bzw. zwischen Basel und Chiasso bildeten schlechteren Varianten, weil sie nach der Sanierung jeweils wieder zurückgebaut werden müssten. Mit einem Ja zur zweiten Röhre bliebe der verfassungsmässig garantierte Alpenschutz gewahrt, da keine Kapazitätserweiterung erfolgen wird. Die Delegierten folgten dem Antrag ihrer Regierungsrätin und beschlossen einstimmig die Ja-Parole.

Kontakt:

Christine Frey, Präsidentin FDP Baselland, Mobile 076 442 09 20